GSP.D-01-070-3

Kapitel 5: Demokratie stärken

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Antragsteller*in: Christian Beck (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu GSP.D-01

Von Zeile 69 bis 70 einfügen:
Sinne einer Wirtschaft, die dem Gemeinwohl dient, soll selbstverständlich sein, dass alle Stakeholder und Betroffenen ein Mitspracherecht bei wichtigen Entscheidungen erhalten. Demokratie muss auch bei der Arbeit als Grundrecht gelten. Die Europäisierung des Unternehmensrechts braucht als zweites Bein europäische Mindeststandards für Mitbestimmung. Auch die stärkere Beteiligung der Bevölkerung am Produktivvermögen kann die wirksamere Mitgestaltung in wirtschaftlichen Fragen bewirken, sowohl durch Mitarbeiterbeteiligung auf der Ebene der einzelnen Unternehmen wie betriebsübergreifend durch Verantwortungseigentum und Bürgerfonds sowie Genossenschaften. Mitbesitz und Mitbestimmung unterstützen sich komplementär. Tariftreue muss Voraussetzung für Vergabe und Ausschreibungen sein.

Begründung

Demokratie darf nicht nur abstrakt bleiben, sie muss auch dort gelten, wo die meisten Menschen die meiste wache Zeit in der Woche verbringen: bei der Arbeit. Demokratie bei der Arbeit und in der Gesellschaft stärken sich gegenseitig. Europa hat uns als Verbraucher*innen schon viele Rechte in der globalisierten Wirtschaft ermöglicht, jetzt sollte die EU auch die Rechte von Mitarbeiter*innen stärken. Das gehört zu einer wirklich sozialen Marktwirtschaft auf europäischer Ebene dazu. Gesetze und ihre Umsetzung können Mitbestimmung ermöglichen und schützen. Mitbesitz durch die Mitarbeiter stärkt sie aber noch weiter.

weitere Antragsteller*innen

Sven Giegold (KV Düsseldorf); Marc Kersten (KV Köln); Jura Schoeder (KV Osnabrück-Stadt); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); Ulrich Gundert (KV Reutlingen); Julia Eberz (KV Frankfurt); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Dorothee Schulte-Basta (KV Berlin-Neukölln); Heiko Glawe (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Natalie Pavlovic (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Alexandra Werwath (KV Bremen-Mitte); Ben Seel (KV Frankfurt); Bernd Meffert (KV Rheingau-Taunus); Stefan Meinke (KV Köln); Linda Guzzetti (KV Berlin-Kreisfrei); Ulrich Geyer (KV Heidenheim); Simon Dylla (KV Main-Taunus); Gabriele Raasch (KV Schwerin); Uwe Dietrich (KV Hildesheim); sowie 40 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.